

SICHERHEITSBESTIMMUNGEN FÜR VERANSTALTUNGEN (Konzerte & Events)

Kultur – und Kongresszentrum Festhalle Ilmenau

Stand: Februar 2024

INHALT

1.	ANWENDUNGSBEREICH	3
2.	ANZEIGE- UND GENEHMIGUNGSPFLICHTEN	3
2.1	ANZEIGEPFLICHTEN VOR DER VERANSTALTUNG	3
2.2	TECHNISCHE PROBEN.....	5
2.3	GENEHMIGUNGEN UND ABNAHMEN.....	5
2.4.	KOSTEN BEHÖRDLICHER GENEHMIGUNGEN UND ABNAHMEN	5
3.	VERANTWORTLICHE PERSONEN, EXTERNE DIENSTE, HAUSRECHT	5
3.1	VERANTWORTUNG DES VERANSTALTERS	5
3.2	ENTSCHEIDUNGSBEFUGTER VERTRETER DES VERANSTALTERS	6
3.3	VERANSTALTUNGSLEITER	7
3.4	TECHNISCHES PERSONAL DER FHI, VERANTWORTLICHE FÜR VERANSTALTUNGSTECHNIK, FACHKRÄFTE FÜR VERANSTALTUNGSTECHNIK.....	7
3.5	VERANTWORTUNG DER FHI	8
3.6	EINLASS-, SICHERHEITS- UND ORDNUNGSDIENST, TOUR-SECURITY	8
3.7	FEUERWEHR (BRANDSICHERHEITSWACHE) UND SANITÄTSDIENST	8
3.8	AUSÜBUNG DES HAUSRECHTS.....	8
4.	SICHERHEITS- UND BRANDSCHUTZTECHNISCHE BETRIEBSVORSCHRIFTEN	9
4.1	VERKEHRSORDNUNG, RETTUNGSWEGE, SICHERHEITSEINRICHTUNGEN.....	9
4.2	EIN- UND AUFBAUTEN FÜR VERANSTALTUNGEN.....	10
4.3	AUSSCHMÜCKUNGEN, AUSSTATTUNGEN, REQUISITEN	12
4.4	BESONDERE BRANDSCHUTZ- UND SICHERHEITSBESTIMMUNGEN.....	13



KULTUR- & KONGRESSZENTRUM

4.5	ARBEITSSICHERHEIT, GESUNDHEITS- UND UMWELTSCHUTZ	15
5.	Anhang	
5.1.	BÜHNENORDNUNG.....	18

1. ANWENDUNGSBEREICH

Die vorliegenden „Sicherheitsbestimmungen“ gelten für die Durchführung von Veranstaltungen auf dem Gelände und in den Veranstaltungsräumen der Festhalle Ilmenau (nachfolgend „FHI“ genannt). Sie beruhen auf den Anforderungen der Muster-Verordnung über Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (M-VStättVO) und legen die Versammlungsstätten rechtlichen Pflichten zur Durchführung von Veranstaltungen zwischen der FHI und dem Veranstalter nach Maßgabe der Vorschrift des § 38 Absatz 5 M-VStättVO verbindlich fest. Dienstleister des Veranstalters sind zur Einhaltung der sicherheits- und brandschutztechnischen Anforderungen durch den Veranstalter zu verpflichten.

Ergänzende Forderungen zur Sicherheit und zum Brandschutz für eine Veranstaltung können von Seiten der Stadtverwaltung Ilmenau, Bauamt- Untere Bauaufsicht, Markt 7, 98693 Ilmenau (nachfolgend „Baurechtsbehörde“ genannt), dem Vorbeugenden Brandschutz der Stadt Ilmenau, der Polizei und durch die FHI gestellt werden, insbesondere wenn sich aus Art oder Umfang der geplanten Veranstaltung besondere Risiken für Personen und Sachwerte ergeben.

2. ANZEIGE- UND GENEHMIGUNGSPFLICHTEN

2.1 ANZEIGEPFLICHTEN VOR DER VERANSTALTUNG

Der Veranstalter ist verpflichtet, der FHI bis spätestens 4 Wochen vor der Veranstaltung alle organisatorischen und technischen Details, den Beginn der Veranstaltung, die Einlasszeiten, das Ende der Veranstaltung, die Aufplanung der Halle(n), Räume und Flächen (nachfolgend „Versammlungsstätte“ genannt) schriftlich mitzuteilen und mit der FHI abzustimmen. Die FHI behält sich vor, dem Veranstalter zur Erhebung dieser Daten eine (elektronische) Datenmaske zur ausschließlichen Nutzung für diese Veranstaltung zur Verfügung zu stellen, in der alle notwendigen Veranstaltungsdaten einzutragen sind. Die FHI behält sich vor, diese Daten an die mit der Veranstaltung befassten Behörden und Stellen (Ordnungsamt, Polizei, Vorbeugender Brandschutz / Feuerwehr, Untere Bauaufsicht, Sanitäts-/Rettungsdienst und privater Sicherheitsdienst) zu übermitteln.

Zu den vom Veranstalter mitzuteilenden Daten zählen insbesondere:

- der Name und die persönlichen Kontaktdaten seines entscheidungs- befugten Vertreters, der während der Veranstaltung anwesend ist,
- ob er „Verantwortliche für Veranstaltungstechnik“ mitbringt, die den Auf- und Abbau sowie die Veranstaltung beaufsichtigen,
- die Größe und Anordnung von ggf. aufzubauenden Szenenflächen/ Tribünen, Laufstegen, Vorbühnen, Podien und vergleichbaren Aufbauten,
- die erwartete Besucheranzahl und das erwartete Publikumsprofil,
- ob Taschen- und Einlasskontrollen vorgesehen sind,
- ob bühnen-, studio, beleuchtungstechnische oder sonstige technische Einrichtungen eingebracht werden,
- ob Bewegungen oder Umbauten von technischen Einrichtungen während der Veranstaltung erfolgen,
- ob maschinentechnische Bewegungen, künstlerische Darstellungen im oder über dem Zuschauerraum stattfinden,
- ob feuergefährliche Handlungen/ pyrotechnische Effekte, der Betrieb von Lasereinrichtungen oder Nebelanlagen vorgesehen sind (zusätzliche Genehmigungspflicht ist zu beachten),
- ob Ausschmückungen, Dekorationen/ Ausstattungen/ Requisiten eingebracht werden (Brandschutzklassen nach M-VStättV0 nachweisen),
- ob eine „Technische Probe“ vor der Veranstaltung vom Veranstalter geplant ist.

Auf Grundlage der Angaben des Veranstalters erfolgt durch die FHI im Vorfeld der Veranstaltung eine Sicherheitsbeurteilung, auf deren Grundlage die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen und insbesondere die Notwendigkeit sowie die Anzahl von qualifiziertem Veranstaltungspersonal und von externen Einsatzkräften (Feuerwehr, Sanitätsdienst, Ordnungsdienst) geplant wird (vgl. §§ 40 bis 43 M-VStättV0). Sollte der Veranstalter verspätete, keine oder unvollständige Angaben machen, kann die FHI von einem erhöhten Veranstaltungsrisiko ausgehen. Alle dadurch entstehenden zusätzlichen Kosten (z. B. Personalkosten für eine erhöhte Anzahl von Sicherheitskräften) sind vom Veranstalter zu tragen. Unrichtige Angaben können zur Einschränkung, Absage oder zum Abbruch der Veranstaltung führen.

Bei Veranstaltungen mit erhöhten Risiken ist die FHI berechtigt, für die Veranstaltung die Aufstellung, Abstimmung und Umsetzung eines veranstaltungsspezifischen Sicherheitskonzepts vom Kunden zu verlangen.

2.2 TECHNISCHE PROBEN

Die FHI entscheidet auf Grundlage der vorstehenden Angaben zu Nr. 2.1 (in Abstimmung mit der Baurechtsbehörde), ob auf die Probe verzichtet werden kann. Ist dies nicht der Fall, muss der Veranstalter den voraussichtlichen Zeitpunkt der technischen Probe rechtzeitig mit der FHI abstimmen.

2.3 GENEHMIGUNGEN UND ABNAHMEN

Die Überlassung von Veranstaltungsräumen und -flächen erfolgt auf Grundlage von behördlich genehmigten Rettungswege- und Bestuhlungsplänen mit einer festgelegten maximalen Besucherkapazität. Änderungen der Nutzungsart sowie Abweichungen von den bestehenden, genehmigten Rettungswege- und Bestuhlungsplänen z. B. durch Änderung der Anordnung der Bestuhlung oder der Rettungswegführung sowie der Aufbau von Podien, Tribünen, Sonderkonstruktionen, fliegenden Bauten bedürfen der schriftlichen Zustimmung durch die FHI. Entsprechende Maßnahmen sind in der Regel baurechtlich genehmigungspflichtig und müssen durch die Baurechtsbehörde und den Vorbeugenden Brandschutz der Stadt Ilmenau abgenommen werden.

2.4 KOSTEN BEHÖRDLICHER GENEHMIGUNGEN UND ABNAHMEN

Für die vorstehenden und alle nachfolgend in den Sicherheitsbestimmungen als anzeige- oder genehmigungspflichtig bezeichneten Vorhaben, kann die Vorlage von Unterlagen, Plänen, Zeugnissen, Prüfbescheinigungen, Gutachten sowie bau- und brandschutztechnische Abnahmen gegenüber dem Veranstalter gefordert werden. Die FHI unterstützt den Veranstalter bei der Durchführung behördlicher Genehmigungsverfahren. Dauer und Kosten des Genehmigungsverfahrens einschließlich des Risikos der Genehmigungsfähigkeit gehen vollumfänglich zu Lasten des Veranstalters. Die Kosten für behördliche Abnahmen trägt ebenfalls der Veranstalter.

3. VERANTWORTLICHE PERSONEN, EXTERNE DIENSTE, HAUSRECHT

3.1 VERANTWORTUNG DES VERANSTALTERS

Der Veranstalter ist verantwortlich für das Veranstaltungsprogramm und den sicheren, reibungslosen Ablauf der Veranstaltung. Er hat dafür zu sorgen, dass die maximal zulässige Besucherkapazität in den an ihn überlassenen Veranstaltungsräumen und Veranstaltungsflächen eingehalten wird.

Eine Überbelegung ist strengstens verboten. Der Veranstalter trägt die Verkehrssicherungspflicht innerhalb der Versammlungsstätte bezüglich der von ihm oder durch beauftragte Dritte eingebrachten Ausschmückungen, Ausstattungen, Requisiten, Auf- und Einbauten, Abhängungen, verlegten Kabel und Bühnen-Studio- sowie Beleuchtungstechnischen Einrichtungen für die Dauer der Nutzung der Versammlungsstätte. Er hat hinsichtlich aller eingebrachten Gegenstände und Materialien die Anforderung der vorliegenden Sicherheitsbestimmungen sowie der Betriebsvorschriften der M-VStättVO und der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV), insbesondere der DGUV-V 17/18 „Veranstaltungs- und Produktionsstätten für szenische Darstellungen“ einzuhalten. Die Beachtung aller weiteren für die Veranstaltung geltenden Gesetze und Verordnungen, insbesondere des Jugendschutzgesetzes, des Sonn- und Feiertagsgesetzes, des Arbeitszeitgesetzes (AZG), des Arbeitsschutzgesetzes, des Nichtraucherschutzgesetzes, der Gewerbeordnung sowie der Immissionsschutz- und Abfallrechtlichen Bestimmungen obliegt ihm ebenfalls in eigener Verantwortung.

3.2 ENTSCHEIDUNGSBEFUGTER VERTRETER DES VERANSTALTERS

Der Veranstalter hat der FHI bis spätestens vier Wochen vor der Veranstaltung einen „Entscheidungsbefugten Vertreter“ zu benennen, der während der gesamten Dauer der Veranstaltung vor Ort anwesend ist. Der entscheidungsbefugte Vertreter hat auf Anforderung der FHI an einer gemeinsamen Begehung der Versammlungsstätte teilzunehmen und sich mit den Veranstaltungsräumen, ihren Einrichtungen, einschließlich der Flucht- und Rettungswege vertraut zu machen. Ebenfalls auf Anforderung der FHI hat der „Entscheidungsbefugte Vertreter“ vor der Veranstaltung an einer Abstimmung/Einweisung über die zu beachtenden Sicherheitsbestimmungen und an gegebenenfalls erforderlichen, gesonderten Sicherheitsbesprechungen teilzunehmen. Der Entscheidungsbefugte Vertreter sorgt auf Seiten des Veranstalters für einen geordneten und sicheren Ablauf der Veranstaltung. Er ist zur Anwesenheit während des Veranstaltungsbetriebs verpflichtet, muss jederzeit erreichbar sein und hat gegebenenfalls notwendige Entscheidungen zur Sicherheit der Besucher mit den von der FHI benannten Personen, den Behörden und externen Diensten (Vorbeugender Brandschutz / Feuerwehr, Polizei, Untere Bauaufsicht, Ordnungsamt, Sanitätsdienst) abzustimmen. Er ist zur aktiven Mitwirkung verpflichtet, wenn eine besondere Gefahrenlage für Personen eine Einschränkung oder den Abbruch der Veranstaltung erforderlich machen. Der „Entscheidungsbefugte Vertreter“ des Veranstalters wird durch mindestens einen von der FHI benannten, fachkundigen und entscheidungsbefugten Ansprechpartner während der Veranstaltung unterstützt. Dem Ansprechpartner der FHI steht uneingeschränkt die Ausübung des Hausrechts innerhalb der Versammlungsstätte zu.

3.3 VERANSTALTUNGSLEITER

Die Funktion des Veranstaltungsleiters nach § 38 Absatz 2 und 5 M-VStättVO wird für die Dauer der Veranstaltung von der FHI übernommen. Die FHI ist berechtigt vom Veranstalter auch nach Vertragsabschluss, rechtzeitig bis ca. 4 Wochen vor der Veranstaltung zu verlangen, dass der „Entscheidungsbefugte Vertreter“ des Veranstalters die Funktion des Veranstaltungsleiters nach § 38 Absatz 2 und 5 MVStättVO für die Dauer der Veranstaltung übernimmt. Der Veranstaltungsleiter des Veranstalters wird in diesem Fall durch eine von der FHI benannte fachkundige und entscheidungsbefugte Person unterstützt. Wird die Funktion des Veranstaltungsleiters nicht auf den Veranstalter übertragen oder verweigert der Veranstalter die Übernahme dieser Funktion, übernimmt die FHI mit eigenem Personal die Funktion des Veranstaltungsleiters. Im letzteren Fall ist die FHI berechtigt, die Kosten lt. Preisliste, die durch die Übernahme der Funktion des Veranstaltungsleiters entstehen, auf den Veranstalter umzulegen.

3.4 TECHNISCHES PERSONAL DER FHI, VERANTWORTLICHE FÜR VERANSTALTUNGSTECHNIK, FACHKRÄFTE FÜR VERANSTALTUNGSTECHNIK

Alle gebäudetechnischen Einrichtungen der Versammlungsstätte oder technische Einrichtungen auf dem Gelände der FHI dürfen ausschließlich durch das technische Fachpersonal der FHI bzw. durch mit der FHI vertraglich verbundene Dritte bedient werden. Der Veranstalter hat sicherzustellen, dass für die von ihm eingebrachten technischen Aufbauten und Einrichtungen das nach §§ 39, 40 der M-VStättVO erforderliche Fachpersonal eingesetzt wird. Der Veranstalter hat das erforderliche qualifizierte und ortskundige Fachpersonal der FHI bis spätestens vier Wochen vor der Veranstaltung anzuzeigen. Auf Anforderung des Veranstalters kann die FHI bzw. mit der FHI vertraglich verbundene Dritte die Leitung und Aufsicht beim Auf- und Abbau sowie beim Betrieb gemäß § 40 Absatz 2 bis 4 M-VStättVO auf Kosten des Veranstalters übernehmen. Auf Anforderung der FHI hat der Veranstalter in einem solchen Fall diejenigen Mitarbeiter zu benennen, die während Auf- und Abbau die arbeitsschutzrechtliche Leitung und Koordination der Arbeiten vor Ort übernehmen.

Benennt der Veranstalter das erforderliche qualifizierte und ortskundige Fachpersonal nach §§ 39, 40 M- VStättVO nicht bis spätestens vier Wochen vor Veranstaltungsbeginn, ist die FHI berechtigt, die Kosten lt. Preisliste, die durch die Übernahme der Funktion des Verantwortlichen für Veranstaltungstechnik/ der Fachkraft für Veranstaltungstechnik entstehen, auf den Veranstalter umzulegen.

3.5 VERANTWORTUNG DER FHI

Die FHI und die von ihr beauftragten Personen sind berechtigt und verpflichtet, stichprobenweise zu kontrollieren, ob der Veranstalter die Betriebsvorschriften der M-VStättVO und die vorliegenden Sicherheitsbestimmungen einhält. Hierzu ist ihnen jederzeit Zugang zu den Veranstaltungsräumen und -flächen zu gewähren. Die FHI behält sich vor, für jede Veranstaltung bestimmte Sitze für Sicherungskräfte (insbesondere Polizei, Feuerwehr oder Ordnungsdienst) unentgeltlich in Anspruch zu nehmen.

3.6 EINLASS-, SICHERHEITS- UND ORDNUNGSDIENST, TOUR-SECURITY

Dem Einlass-, Sicherheits- und Ordnungsdienst obliegen die in der M-VStättVO festgelegten Aufgaben. Er wird durch die FHI auf Kosten des Veranstalters über einen externen, von der FHI zugelassenen Servicepartner bestellt. Die Anzahl des notwendigen Ordnungsdienstpersonals wird unter anderem durch die Art der Veranstaltung, die Anzahl der Besucher, potenzielle Veranstaltungsrisiken, externe Bedrohungsgefahren und durch ggf. zusätzliche Anforderungen der Behörden bestimmt. Die Mitteilung der genauen Anzahl der erforderlichen Sicherheitskräfte durch die FHI erfolgt deshalb regelmäßig erst kurz vor der jeweiligen Veranstaltung auf Grundlage der durchgeführten Sicherheitsbeurteilung für die Veranstaltung. Soweit möglich, wird dem Veranstalter die voraussichtlich erforderliche Anzahl der Ordner auf Anforderung auch bereits bei Vertragsabschluss genannt.

Soweit der Veranstalter eine eigene „Tour-Security“ als Personenschutz für Künstler etc. einsetzt, bleibt die FHI nach Maßgabe der Festlegungen zu Ziffer 3.8 anweisungsberechtigt.

3.7 FEUERWEHR (BRANDSICHERHEITSWACHE) UND SANITÄTSDIENST

Diese Dienste werden vor der Veranstaltung von dem vorbeugenden Brandschutz und der FHI auf Grundlage der durchgeführten Sicherheitsbeurteilung für die Veranstaltung verständigt. Der Umfang dieser Dienste (Anzahl der zu stellenden Personen) hängt von der Art der Veranstaltung, der Anzahl der Besucher, den veranstaltungsspezifischen Sicherheitsbestimmungen und den behördlichen Festsetzungen im Einzelfall ab. Der Veranstalter hat die Kosten für diese Dienste zu tragen und erhält dafür einen separaten Entgeltbescheid vom Ordnungsamt der Stadt Ilmenau.

3.8 AUSÜBUNG DES HAUSRECHTS

Der Veranstalter nimmt auf Grundlage der vorliegenden Sicherheitsbestimmungen und der geltenden Hausordnung neben der FHI innerhalb der ihm überlassenen Räume und

Flächen das Hausrecht gegenüber den Veranstaltungsbesuchern und beauftragten Dritten wahr. Die FHI übt weiterhin das Hausrecht gegenüber dem Veranstalter und neben dem Veranstalter gegenüber Besuchern und Dritten während der Dauer der Überlassung der Veranstaltungsräume und Veranstaltungsflächen aus. Die beauftragten Ordnungsdienstkräfte unterstützen bei der Durchsetzung des Hausrechts. Verstöße gegen die Hausordnung, die vorliegenden Sicherheitsbestimmungen, gegen veranstaltungsbezogene gesetzliche Vorschriften oder behördliche Anordnungen sind durch den Veranstalter unverzüglich abzustellen. Die FHI ist zur Ersatzvornahme auf Kosten des Veranstalters berechtigt, wenn dieser nach vorheriger Aufforderung nicht unverzüglich tätig wird. Ist eine Ersatzvornahme nicht möglich oder unzumutbar, verweigert der Veranstalter die Durchführung der Ersatzvornahme oder lehnt er eine Kostenübernahme ab, kann die FHI vom Veranstalter als „ultima ratio“ die Räumung und Herausgabe der überlassenen Veranstaltungsbereiche verlangen. Kommt der Veranstalter einer entsprechenden Aufforderung nicht nach, so ist die FHI berechtigt, den Abbruch der Veranstaltung einschließlich Räumung anzuordnen und auf Kosten und Gefahr des Veranstalters durchführen zu lassen.

4. SICHERHEITS- UND BRANDSCHUTZTECHNISCHE BETRIEBSVORSCHRIFTEN

4.1 VERKEHRSORDNUNG, RETTUNGSWEGE, SICHERHEITSEINRICHTUNGEN

Befahren des Geländes

Auf dem gesamten Gelände gilt die Straßenverkehrsordnung StVO. Schrittgeschwindigkeit ist auf dem gesamten Gelände einzuhalten. Das Befahren mit Fahrzeugen aller Art geschieht auf eigene Gefahr. Die FHI hat das Recht, Laderäume von Kraftfahrzeugen und von Personen mitgeführte Behältnisse beim Betreten oder Verlassen des Geländes zu kontrollieren. Je nach Entwicklung des Aufbau- und Abbaugeschehens durch zeitgleich stattfindende andere Veranstaltungen, kann das Gelände zeitweilig für den Kraftfahrzeugverkehr geschlossen werden.

Gabelstapler und Hubwagen

Ein Befahren von Foyer- und Hallenflächen mit motorbetriebenen Hilfsmitteln, wie z. B. Gabelstaplern durch den Veranstalter und die von ihm beauftragten Firmen ist nur mit Zustimmung der FHI gestattet. Ausnahmen bedürfen der vorherigen Zustimmung durch die FHI. Der Transport von Lasten durch den Veranstalter mit handbetriebenen Hilfsmitteln (z. B. Hubwagen) ist möglich. Der Veranstalter bzw. die von ihm beauftragten Firmen haben sich vor dem Befördern von Lasten in der Versammlungsstätte oder auf dem Gelände der FHI über die zulässige Bodenbelastbarkeit und Bodenbeschaffenheit zu informieren.

Feuerwehrbewegungszonen

Die mit Halteverbotszeichen gekennzeichneten Anfahrtswege und Bewegungsflächen für die Feuerwehr müssen ständig freigehalten werden. Fahrzeuge und Gegenstände, die auf Rettungswegen, Aufstellflächen und Sicherheitsflächen abgestellt sind, können jederzeit auf Kosten und Gefahr des Besitzers entfernt werden.

Notausgänge, Notausstiege, Flure, Gänge

Diese Rettungswege sind jederzeit freizuhalten. Die Türen im Zuge von Rettungswegen müssen von innen leicht in voller Breite geöffnet werden können. Rettungswege, Ausgangstüren, Notausstiege und deren Kennzeichnung dürfen nicht versperrt, verhängt oder sonst unkenntlich gemacht werden. Flure und Gänge dürfen während der Veranstaltung zu keinem Zeitpunkt durch abgestellte oder hineinragende Gegenstände eingeengt werden. Flure und Gänge dienen im Gefahrfall als Rettungswege. Brand- und Rauchschutztüren dürfen nicht durch Keile oder andere Gegenstände offengehalten werden.

Sicherheitseinrichtungen, Sprühlufanlage im Auditorium

Feuermelder, Hydranten, Feuerlöscher und -leitungen, Rauchklappen, Auslösungspunkte der Rauchabzugseinrichtungen, Rauchmelder, Telefone sowie Zu- und Abluftöffnungen der Heiz- und Lüftungsanlage, Entrauchungseinrichtungen, deren Hinweiszeichen sowie die grünen Notausgangskennzeichen müssen jederzeit zugänglich und sichtbar sein; sie dürfen nicht versperrt, verhängt oder sonst unkenntlich gemacht werden.

4.2. EIN- UND AUFBAUTEN FÜR VERANSTALTUNGEN

Technische Einrichtungen der FHI

Alle vorhandenen, fest installierten gebäudetechnischen Einrichtungen dürfen grundsätzlich nur vom Personal der FHI bzw. durch vertraglich zugelassene mit der FHI verbundene Servicefirmen bedient werden. Dies gilt auch für alle zu erstellenden Anschlüsse an die Versorgungsnetze (z. B. Strom, Wasser, Telekommunikation) der FHI. Sofern nicht anderweitig vereinbart, hat der Veranstalter keinen Anspruch darauf, dass die FHI eigene installierte technische Einrichtungen aus den Veranstaltungsräumen entfernt.

Technische Einrichtungen des Veranstalters

Die vom Veranstalter bzw. den von ihm hiermit beauftragten Firmen eingebrachten technischen Einrichtungen müssen den allgemein anerkannten Regeln der Technik insbesondere den Anforderungen der Unfallverhütungsvorschriften DGUV-V 17 und DGUV-

V 3 bezüglich Sicherheit und Funktionsfähigkeit entsprechen. Elektrische (Schalt-)Anlagen dürfen für Besucher nicht zugänglich sein und müssen angemessen gesichert werden.

Ein- und Aufbauten, Szenenflächen, Sonderbauten

Alle Ein- und Aufbauten in der Versammlungsstätte sowie der Aufbau fliegender Bauten im Freigelände sind anzeige- und ggf. genehmigungspflichtig. Dem Veranstalter obliegt die Verkehrssicherungspflicht hinsichtlich aller von ihm genutzten Flächen einschließlich eingebrachter Ein- und Aufbauten. Die Wirkung von brandschutztechnischen Einrichtungen (z. B. automatischer Feuerlöscheinrichtungen, Rauchschürzen) darf durch Ein- und Aufbauten nicht beeinträchtigt werden. Ein- und Aufbauten sind so auszubilden, dass sie in ihrer Standsicherheit durch dynamische Schwingungen nicht beeinträchtigt werden können. Die Unterkonstruktion der Fußböden von Podien, Szenenflächen und Tribünen muss aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen. Leicht entflammbare, brennend abtropfende oder toxische Gase bildende Materialien dürfen in keinem Fall verwendet werden. Die DIN 4102 bzw. EN 13501-1 (Brandverhalten von Baustoffen, Bauteilen) ist zu beachten. Die Vorlage eines amtlichen Prüfzeugnisses über die Baustoffklasse und die geforderten Eigenschaften des Materials können verlangt werden.

Abhängungen

Der Veranstalter darf Hängepunkte an den Trägern der FHI nur nach vorheriger Zustimmung der FHI zu einem vorgelegten Plan, in dem die maximalen Lasten an jedem Hängepunkt eingetragen sind, anbringen. Abhängungen an den Decken und im Tragwerk dürfen aus Sicherheitsgründen ausschließlich durch qualifiziertes Fachpersonal der FHI oder einer von ihrer beauftragten Firma vorgenommen werden. Der Veranstalter hat notwendige Abhängungen vor der Veranstaltung bei der FHI anzumelden und mit ihr abzustimmen. Abhängungen sind nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik auszuführen. Die vorgegebenen Belastungsgrenzen sind einzuhalten. In Zweifelsfällen wird auf Kosten des Veranstalters eine statische Begutachtung der Abhängungen beauftragt. Jede Zuwiderhandlung führt zu einer sofort fälligen Vertragsstrafe in Höhe von bis zu 5.000,00 Euro und im Wiederholungsfalle zur Berechtigung zur sofortigen fristlosen Kündigung des Vertragsverhältnisses.

Teppiche, Bodenbelag

Das Einbringen von Teppichen oder anderen Fußbodenbelägen hat so zu erfolgen, dass keine Rutsch-, Stolper- oder Sturzgefahr für Personen entsteht. Teppiche und andere Fußbodenbeläge sind unfallsicher zu verlegen. Es darf zum Fixieren nur Klebeband verwendet werden, das rückstandsfrei zu entfernen ist. Selbstklebende Teppichfliesen sind nicht zugelassen. Alle eingesetzten Materialien müssen rückstandslos entfernt werden. Gleiches gilt für Substanzen wie Öle, Fette, Farben und ähnliches.

Wellenbrecher

Werden bei Konzertveranstaltungen vor Szenenflächen Stehplätze für Besucher angeordnet, so sind die Besucherplätze von der Szenenfläche durch eine Abschränkung so abzutrennen, dass zwischen der Szenenfläche und der Abschränkung ein Gang von mindestens 2 m Breite für den Ordnungsdienst und Rettungskräfte vorhanden ist.

Bei Veranstaltungen mit Szenenflächen und weniger als 5.000 Stehplätzen sind Abschränkungen (Wellenbrecher) einzurichten, wenn dies nach der Art der Veranstaltung, insbesondere wegen des zu erwartenden Publikumsprofils erforderlich ist. Die Entscheidung hierüber trifft die FHI auf Grundlage einer Sicherheitsbeurteilung, soweit keine behördliche Anordnung erfolgt. Die Kosten für Bereitstellung, Auf- und Abbau von Wellenbrechern und mögliche Befreiungsanträge gegenüber der Behörde hat der Veranstalter zu tragen.

Glas

Für Konstruktionen aus Glas darf nur Sicherheitsglas verwendet werden. Kanten von Glasscheiben müssen so bearbeitet oder geschützt sein, dass eine Verletzungsgefahr ausgeschlossen ist. Ganzglasbauteile sind in Augenhöhe (160cm) zu markieren. Für Konstruktionen aus Glas sind die Anforderungen gemäß „Technische Regeln für die Verwendung von absturzsichernden Verglasungen (TRAV)“ einzuhalten.

Bolzen, Löcher, Nägel

Das Einbringen von Bolzen und Verankerungen, das Einschlagen von Nägeln sowie das Schlagen und Bohren von Löchern ist verboten. Bolzenschießen ist ebenfalls nicht gestattet. Über Ausnahmen entscheidet die FHI.

4.3 AUSSCHMÜCKUNGEN, AUSSTATTUNGEN, REQUISITEN

Ausschmückungen

Zur Ausschmückung der Veranstaltung verwendete Materialien, Dekorationen und Vorhänge müssen mindestens aus schwer entflammbarem Material (B1 gem. DIN 4102 oder mindestens Klasse C nach EN 13501-1) bestehen. Ausschmückungen in notwendigen Fluren, Gängen und Treppenträumen (Rettungswegen) müssen aus nichtbrennbaren Materialien (A gem. DIN 4102 oder A1 gem. DIN EN 13501-1) bestehen. Materialien, die wiederholt zur Verwendung kommen, sind erneut auf ihre schwere Entflammbarkeit zu prüfen und erforderlichenfalls neu zu imprägnieren. Die FHI kann die Vorlage eines amtlichen Prüfzeugnisses über die geforderten Eigenschaften des Materials verlangen.

Alle eingebrachten Materialien müssen von Zündquellen, Scheinwerfern und Wärmequellen so weit entfernt sein, dass sie durch diese nicht entzündet werden können. Ausschmückungen müssen unmittelbar an Wänden, Decken oder Ausstattungen angebracht werden. Im Raum (frei) hängende Ausschmückungen sind nur zulässig, wenn sie einen Abstand von mindestens 2,50 m zum Fußboden haben und die Wirkung automatischer Feuerlöscheinrichtungen nicht beeinträchtigt wird. Ausschmückungen aus natürlichem Pflanzenschmuck dürfen sich nur so lange sie frisch sind in den Räumen befinden. Bambus, Ried, Heu, Stroh, Rindenmulch, Torf, (Tannen-)Bäume ohne Ballen oder ähnliche Materialien genügen nicht den vorgenannten Anforderungen. Über Ausnahmen entscheidet die FHI - soweit notwendig - in Abstimmung mit der zuständigen Behörde.

Ausstattungen

Ausstattungen, die Bestandteile von Bühnen- und Szenenbildern sind, wie z. B. Wand-, Fußboden- und Deckenelementen müssen aus mindestens schwerentflammaren Materialien bestehen. Entsprechende Zertifikate bzgl. der Schwerentflammbarkeit von Gegenständen sind auf Anforderung der FHI vorzulegen.

Requisiten

Requisiten sind Einrichtungsgegenstände von Bühnen und Szenenbildern. Hierzu gehören insbesondere Möbel, Leuchten, Bilder und Geschirr. Sie müssen aus mindestens normalentflammbarem Material bestehen.

4.4 BESONDERE BRANDSCHUTZ- UND SICHERHEITSBESTIMMUNGEN

Offenes Feuer, brennbare Flüssigkeiten, Gase, Pyrotechnik

Die Verwendung von offenem Feuer, brennbaren Flüssigkeiten, Gasen, pyrotechnischen Gegenständen, explosions- und anderen leicht entzündlichen Stoffen ist verboten. Das Verbot gilt nicht, soweit die Verwendung in der Art der Veranstaltung begründet ist und der Veranstalter die erforderlichen Brandschutzmaßnahmen im Einzelfall mit der FHI und - soweit notwendig - mit der zuständigen Behörde abgestimmt hat. Die Verwendung pyrotechnischer Gegenstände muss durch die Behörde genehmigt werden und durch eine nach Sprengstoffrecht geeignete Person überwacht werden. Es sind die Nachweise über den Inhaber des Erlaubnisscheins und des Befähigungsscheins vorzulegen. Der Veranstalter ist für die Einholung der Genehmigung verantwortlich. Die entstehenden Kosten für die behördlichen Genehmigungen und die Absicherung der Veranstaltung bei der Verwendung von pyrotechnischen Gegenständen gehen ebenfalls zu Lasten des Veranstalters.

Kerzen, Küchen- und Warmhalteeinrichtungen

Die Verwendung von Kerzen und ähnlichen Lichtquellen als Tischdekoration sowie die Verwendung von offenem Feuer in dafür vorgesehenen Kucheneinrichtungen zur Zubereitung von Speisen ist nur mit Zustimmung der FHI zulässig („verwahrtes Kerzenlicht“).

Brennbare Verpackungsmaterialien

Brennbare Verpackungsmaterialien sind vom Veranstalter unverzüglich aus der Versammlungsstätte zu entfernen. Unter oder auf Bühnen, Tribünen oder Podesten dürfen keinesfalls Verpackungsmaterialien, Abfall oder Reststoffe lagern.

Fahrzeuge

Fahrzeuge in der Versammlungsstätte sind stets genehmigungspflichtig. In Abhängigkeit vom Alter des Fahrzeugs, der Veranstaltung und des Aufstellortes können Sicherheitsmaßnahmen wie eine Inertisierung der Treibstofftanks, das Abklemmen der Batterien und/oder das Aufstellen von Sicherheitswachen erforderlich werden.

Feuer-, Schweiß-, Trennschleifarbeiten, Heißenarbeiten

Alle Arten von „Feuer- und Heißenarbeiten“ sind in der Versammlungsstätte und auf dem Gelände der FHI verboten. Ausnahmen sind nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der FHI zulässig.

Elektrokabel

Elektrokabel müssen so verlegt werden, dass es nicht zu einer gefährlichen Erwärmung kommen kann (abgewickelt, großflächig verteilt und ausreichend durchlüftet). Auf mögliche Stolpergefahren durch Kabel, Schläuche oder Rampen muss durch eine auffällige Kennzeichnung hingewiesen werden.

Verwendung von Luftballons, Drohnen und ferngelenkten Flugobjekten

Die Verwendung von mit Sicherheitsgas gefüllten Luftballons und sonstigen Flugobjekten einschließlich Drohnen in den Hallen und im Freigelände muss im Vorfeld beantragt und von der FHI genehmigt werden. Während der Anwesenheit von Besuchern in den Hallen und im Freigelände ist der Einsatz von Flugobjekten und Drohnen grundsätzlich verboten. Der Betrieb entsprechender Flugobjekte darf zu keiner Zeit sicherheitstechnische Einrichtungen behindern oder beschädigen.

4.5 ARBEITSSICHERHEIT, GESUNDHEITS- UND UMWELTSCHUTZ

Arbeitssicherheit

Alle Auf- und Abbauarbeiten sind unter Beachtung der geltenden arbeitsschutzrechtlichen Bestimmungen und Unfallverhütungsvorschriften, insbesondere der DGUV-V 1 „Prävention“, DGUV-V3 und der DGUV-V17/18 sowie der DGUV-Informationen der „Sicherheit bei Veranstaltungen und Produktionen“ durchzuführen. Der Veranstalter und die von ihm beauftragten Firmen sind für die Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften und Arbeitsschutzbestimmungen selbst verantwortlich. Der Veranstalter und die von ihm beauftragten Firmen haben insbesondere sicherzustellen, dass es bei ihren Auf- und Abbauarbeiten nicht zu einer Gefährdung anderer in der Versammlungsstätte anwesender Personen kommt. Gefahrenstellen und Schutzmaßnahmen (Ver- und Gebote) müssen gemäß ASR A1.3 „Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung“ — bei Bedarf auch nur kurzzeitig — gekennzeichnet werden. Soweit erforderlich hat der Veranstalter für eine angemessene Koordination zu sorgen, durch die die Arbeiten aufeinander abgestimmt werden. Ist dies nicht möglich, hat er die Arbeiten vorübergehend einzustellen und sich bei der FHI zu melden.

Lautstärke, Gehörschutz

Veranstalter von Musikdarbietungen, bei denen mit hohen Schalldruckpegeln (Lautstärke) zu rechnen ist, haben eigenverantwortlich zu prüfen, ob und welche Sicherungsmaßnahmen zur Vermeidung von Schädigungen der Zuhörer notwendig sind. Durch eine angemessene Begrenzung der Lautstärke ist sicherzustellen, dass Besucher und Dritte während der Veranstaltung nicht geschädigt werden (u. a. Hörsturzgefahr). Als allgemein anerkannte Regel der Technik enthält die DIN 15 905 „Veranstaltungstechnik -Tontechnik-“ Teil 5: „Maßnahmen zum Vermeiden einer Gehörgefährdung des Publikums durch hohe Schalldruckpegel bei elektroakustischer Beschallungstechnik“. Sie ist vom Veranstalter zu beachten. Der Veranstalter hat darüber hinaus eine ausreichende Anzahl von Gehörschutzmitteln (z. B. „Ohrstöpsel“) kostenlos bereit zu stellen und den Besuchern auf Anforderung zur Verfügung zu stellen, wenn nicht sicher auszuschließen ist, dass durch zu hohe Schalldruckpegel eine Schädigung von Besuchern erfolgen kann. Hierauf ist deutlich erkennbar im Eingangsbereich der Versammlungsstätte hinzuweisen.

Lärmschutz für Anwohner

Durch die Veranstaltung darf es zu keiner unzumutbaren Lärmbelastung für Anwohner im Umfeld der Versammlungsstätte oder des Geländes der FHI kommen. Bei Musikveranstaltungen und bei Veranstaltungen mit besonderer Lärmentwicklung sind auf Anordnung der zuständigen Behörden während der Veranstaltung Immissionsschutzmessungen auf Kosten des Veranstalters durchzuführen. Bei Überschreitung zulässiger Immissionsschutzwerte kann die Veranstaltung eingeschränkt oder abgebrochen werden.

Laseranlagen

Der Betrieb von Laseranlagen ist meldepflichtig und mit der FHI abzustimmen. Bei dem Betrieb von Laseranlagen sind die Anforderungen der Arbeitsschutzverordnung zu künstlich optischer Strahlung 2006/25 EG/ OStrV, der DIN EN 60825-1, der DIN EN 12254 sowie bei Showlasern die Anforderungen der DIN 56912 und DGUV Information 203-036 „Laser-Einrichtungen für Show- und Projektionszwecke“ zu beachten. Laseranlagen der Klassen 3R 3B und 4 sind vor Inbetriebnahme bei der zuständigen Aufsichtsbehörde anzuzeigen und auf Anforderung von einem öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen auf ihre sicherheitstechnische Unbedenklichkeit auf Kosten des Veranstalters prüfen zu lassen. Die Prüfbescheinigung ist der FHI vor der Veranstaltung vorzulegen. Der Anzeige ist die schriftliche Bestellung eines vor Ort anwesenden Laserschutzbeauftragten beizufügen.

Rauchverbot

Grundsätzlich besteht in der Versammlungsstätte Rauchverbot, der Veranstalter hat für die Durchsetzung des Rauchverbots während Aufbau, Abbau und Durchführung der Veranstaltung zu sorgen. Das Rauchverbot umfasst auch die Benutzung von E-Zigaretten.

Umgang mit Abfällen

Der Anfall von Abfall im Rahmen des Auf-/Abbaus und während der Veranstaltung ist nach den Grundsätzen des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG) soweit wie möglich zu vermeiden. Abfälle, die nicht vermieden werden können, sind einer umweltverträglichen Entsorgung (Verwertung vor Beseitigung) zuzuführen. Der Veranstalter ist verpflichtet, wirkungsvoll hierzu beizutragen.

Der Veranstalter hat sicherzustellen, dass alle Materialien (Ausschmückungen, Verpackungen, Dekorationen etc.) sowie Ein- und Aufbauten, die von ihm oder durch seine Auftragnehmer auf das Gelände der FHI gebracht werden, nach Veranstaltungsende wieder vollständig entfernt werden. Nur Stoffe und Materialien, die nicht wiederverwendet werden können (und damit zu Abfall werden), sind über das Entsorgungssystem der FHI entgeltspflichtig zu entsorgen. Bei Anfall von Sondermüll (überwachungsbedürftiger Abfall) ist die FHI unverzüglich zu informieren und eine gesonderte Entsorgung über zugelassene Servicepartner der FHI zu veranlassen.

Abwasser

Die Entsorgung fester oder flüssiger Abfälle über das Abwassernetz (Toiletten, Kanaleinläufe) ist strengstens verboten. Beim Einsatz mobiler Gastronomie ist darauf zu achten, dass Fette und Öle gesondert aufgefangen und einer getrennten Entsorgung zugeführt werden. Reinigungsarbeiten sind stets mit biologisch abbaubaren Produkten durchzuführen.

Umweltschäden

Umweltschäden/ Verunreinigungen auf dem Gelände von (z. B. durch auslaufendes Benzin, Öl, Gefahrstoffe) sind unverzüglich der FHI zu melden.

Ilmenau, im Februar 2024

Leiter der Festhalle Ilmenau

5. ANHANG

5.1. Bühnenordnung

Zur Gefahrenverhütung gelten im Bühnenbereich und den angeschlossenen Nebenräumen die Bestimmungen der MVStättVO und die entsprechenden Unfallverhütungs- und Arbeitsschutzvorschriften der Berufsgenossenschaften. Für zusätzlichen Betrieb elektrischer Anlagen auf der Bühne ist die Vorschrift des Verbandes Deutscher Elektrotechniker maßgebend. Im Besonderen ist zu beachten:

1. Das Rauchen und der Gebrauch von offenem Feuer sind grundsätzlich untersagt. Sollte szenenbedingt Feuer oder Feuerwerke erforderlich sein, ist dies bereits bei Vertragsabschluss anzuzeigen.
2. Bühnennebel darf nur nach vorheriger Absprache mit dem Betreibervertreter/in (Hausleitung) eingesetzt werden.
3. Stationäre und mobile Anlagen und Geräte der Festhalle dürfen nur nach Einweisung durch den Betreibervertreter/in (Hausleitung) genutzt und bedient werden.
4. Während der Auf- und Abbauarbeiten von Bühnentechnik darf der Bereich nur von befugten Personen betreten werden.
5. Kabel sind so abzukleben, dass keine Stolpergefahr besteht.
6. Vor Proben – und Programmbeginn muss die Bühne von einem/r Verantwortlichen für Veranstaltungstechnik nach § 39 MVStättVO, der Feuerwehr und dem Betreibervertreter/in freigegeben werden.
7. Nur geeignetem Fachpersonal ist es gestattet, Pyrotechnik, Laser und ähnliche Effekte einzusetzen. Ein Befähigungsnachweis für die Bedienung ist mitzuführen und auf Verlangen vorzuzeigen.
8. Im Bühnenbereich, den Künstlergarderoben und im Licht-/Tonsteuerraum haben nur die Personen Zutritt die vom Betreibervertreter (Hausleitung) beauftragt sind und/oder unmittelbar an der Abwicklung der Veranstaltung beteiligt sind. Allen anderen ist der Zutritt nicht gestattet.
9. Die Zugänge zur Bühne, die Notausgänge, die Auftritts- und Abgangswege und die Feuerwehrruf-, Feuerlösch- und Feueralarmanlagen sind freizuhalten.
10. Nach den Veranstaltungen sind alle eingebrachten Gegenstände sofort bzw. im Rahmen der vertraglich vereinbarten Frist zu entfernen. Der Betreiber haftet nicht für eingebrachte Gegenstände. Genutztes Inventar der Festhalle ist wieder abzubauen und in die entsprechenden Lagerorte zu verbringen. Die Bühne ist besenrein zu hinterlassen.
11. Die zum Inventar der Festhalle gehörenden Einrichtungen, z.B. Vorhänge, Scheinwerfer, Stromverteiler, Kabel usw., dürfen vom Veranstalter oder den engagierten Künstlern nicht verändert werden. Die Bedienung der technischen Einrichtungen (Bühnenpodium, Kettenzüge usw.) geschieht ausschließlich durch geschultes bzw. eingewiesenes Fachpersonal.
12. Kulissen- und Dekorationsteile aus brennbarem Material (Holz, Papier, Stoff usw.) müssen durch Spezialbehandlung schwer entflammbar gemacht werden (B1).



KULTUR- & KONGRESSZENTRUM

13. Hängende Teile sind gegen Aushängen und mit Sicherheitsseilen als Sekundärsicherung nach DGUV 215-313 zu sichern. Gegenstände und Dekorationen, die nicht standsicher aufgestellt werden können, müssen zusätzlich von oben aufgehängt werden oder durch seitliche Abstützung gesichert werden.
14. Der Aufbau von artistischen Geräten darf nur von den Artisten selbst oder ihren Beauftragten vorgenommen werden.
15. Die Bühne, die Räume sowie das Inventar sind schonend zu behandeln. Nägel, Schrauben, Niete, Krampen, Ösen etc. dürfen zur Befestigung von Dekorationen weder in den Boden noch in die Wände oder Einrichtungsgegenstände eingeschlagen oder geschraubt werden. Sämtliche Befestigungen müssen mit der Hausleitung der Festhalle abgesprochen werden. Sämtliche Befestigungen müssen mit dem/r Betreibervertreter/in abgestimmt werden.
16. Fahrlässiges Verhalten und Missachtung vorstehender Bestimmungen werden mit Hausverweis geahndet. Darüber hinaus besteht Schadenersatzpflicht. Den Anweisungen des/r Betreibervertreters/in, der Polizei und der Feuerwehr ist Folge zu leisten. Die Verantwortung für den ordnungsgemäßen Betriebsablauf trägt die jeweils benannte technische Fachkraft. Diese ist gegenüber allen, die sich im Bühnenbereich aufhalten, weisungsberechtigt.